

Böhmen in Prag und geradezu unglaubliche Dinge sich abgespielt haben. Wenn Österreich den Bericht hierüber veröffentlicht wird, dürften die Sympathien, die Serbien immer noch da und dort besitzt, sich ganz erheblich abkühlen. Ich bin natürlich in Kenntnis davon, daß in Europa überall gerüht wird. Aber erinnern Sie sich meiner Worte vor vier Wochen: „Europa wird in Waffen hantieren und eine Konferenz wird alles bereinigen!“ Und die Konferenz, diesmal allerdings nur eine Votshalterversammlung, ist schon auf dem Wege.

Herr v. Hartwig lenkt ebenfalls ein.

In einem Telegramm an die „Südostslawische Post“ erfuhr der russische Gesandte in Belgrad, v. Hartwig, die ihm von gewissen Journalen systematisch ausgeschriebenen Erklärungen und Interviews als gefälscht zurückzuweisen.

Die Friedensverhandlungen.

Der türkische Votshalter in London, Tewfik, hat aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt, als Bevollmächtigter an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Der türkische Ministerrat beriet über die Ernennung eines Emissaries, sowie über die Antrittsreden, die dem Bevollmächtigten erteilt werden sollen.

Amalik wird gemeldet, daß Griechenland außer den bereits genannten Bevollmächtigten den Professor der Rechte in Paris, Niklos Politis, mit Genehmigung der französischen Regierung als Delegierten nach London entsenden wird.

Während der Abwesenheit des Premierministers Venizelos, der mit Skuludis nach London abreist, wird der Minister des Auswärtigen die Geschäfte des Ministeriums leiten und der Marineminister das Kriegsministerium übernehmen. Der griechische Generalstabchef Gangalas reist ebenfalls nach London ab, desgleichen der Wiener Gesandte Streit.

In Freiheit gesetzte Jungtürken.

Die ehemaligen jungtürkischen Minister Hadi Adil und Emrullah Hâsi, vier ehemalige Deputierte, sowie acht andere Jungtürken wurden in Freiheit gesetzt.

Die Cholera in Konstantinopel.

An Konstantinopel wurden am Sonntag 102 Erkrankungen an Cholera festgestellt, von denen 25 tödlich verliefen.

18 000 gefangene Türken in Bulgarien.

Die Zahl der in Bulgarien befindlichen türkischen Kriegsgefangenen beträgt ungefähr 18 000, darunter 350 Offiziere. Nicht mitgezählt sind die 6000 Gefangenen von Saloniki, die an Bulgarien hängen übergeben werden sollen.

Von maßgebender bulgarischer Stelle wird erklärt, daß der König der Bulgaren in der nächsten Zeit eine Reihe durch die größeren Städte der neu eroberten Gebiete unternehmen und dann Saloniki besuchen werde. Die Sobranie wird am Sonnabend zu einer kurzen Sitzung zur Vorstellung des Budgets zusammenkommen. Die Militärattachés sind gestern vormittag nach Sofia zurückgekehrt.

Die einzige türkische Beurteilung meldungen aus Konstantinopel verbreiten, wonach die belagerten türkischen Verbündeten während des Waffenstillstandes verprovoziert wurden, erlöste der bulgarische Gesandte in Berlin diese Berichte für durchaus unrichtig und bemerkte, es nach § 2 des Waffenstillstandspakts die belagerten Verbündeten weder provoziert, noch von neuem mit Munition versiehen werden dürfen. Ferner erklärt die bulgarische Regierung, daß nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes keine Angriffe der Bulgaren auf Konstantinopel mehr stattgefunden haben.

Griechenland vor Abschluß des Waffenstillstandes.

Wie berichtet wird, wird Griechenland spätestens bis zum Freitag das Waffenstillstandspaket unterschreiben, um an den Friedensverhandlungen am Tage darauf teilzunehmen. Diese Mitteilung soll die Forderung halbamtlich von Griechenland erhalten haben.

Panslawistische Kundgebung in Petersburg.

Auf einer panslawistischen Versammlung im großen Adelsaal in Petersburg, an der 1000 Personen teilnahmen, kam es zu einer Kundgebung gegen Österreich anlässlich einer Rede des Dumaabgeordneten Grafen Podhradski, der mit den Worten schloß: „Wir müssen unseren Brüder helfen vom jungen Österreich.“ Eine große Anzahl Studenten rief darauf: „Nieder mit Österreich!“, was lebhafte Aufführung fand.

Die Opfer des Krieges.

Nach Londoner Blättermeldungen aus Belgrad wird der bisherige Verlust der serbischen Armee im Balkankrieg mit 21 000 Mann angegeben. Die Verluste der bulgarischen Armee sollen, wie Londoner Kriegsberichterstatter übereinstimmend berichten, die ungeheure Zahl von 12 000 erreichen, während die montenegrinische Armee 10 000 Mann verloren hat.

Die neuesten Drahtberichte lauten:

Die Auflösung in Wien und Petersburg.

Wien. (Priv.-Tel.) Die „Post, Post“ veröffentlicht eine aus Petersburg von russischer Seite kommende offizielle Mitteilung, die sehr friedliche Töne enthlängt und in der es am Schluß heißt: Im Hinblick auf die vollständig ruhige und beständige Haltung, sowie auf die Friedensliebe der Räume von Petersburg und Wien, deren gegenwärtiger Verlauf auch jetzt noch ein freundliches Verhältnis traut, ferner auf das schon bisher wahrgenommene Sinken des Alters der serbischen Ansprüche darf man, ohne die Bedeutung der noch bestehenden Gefahrenquelle zu verdecken, bei der Hoffnung beharren, daß sich aus der Krise des Adriahafens keine Bedrohung des europäischen Friedens entwickeln werde.

Englands Stellung zur internationalen Lage.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der „Nat. Ata.“ geht über die Rolle, die England in den diplomatischen Verhandlungen zwischen den Großmächten gespielt hat, von wie sie sagt, wohlunterrichteter diplomatischer Seite, folgende Mitteilung aus: Die Haltung der englischen Regierung und die Rede des Reichskanzlers, sowie die kurze Erklärung des Staatssekretärs v. Alderden-Wächter stehen in einem urästhetischen Zusammenhang. Als die Entscheidung auf des Messers Schneide stand und der Abruch der Beziehungen zwischen Wien und Petersburg zu befürchten war, da trotz der Ablehnung des Rates und seiner Minister die Kriegspartei die Oberhand zu bekommen schien, sich das englische Kabinett in Paris und Petersburg wissen, daß England nicht gewillt sei, an einem Kriege teilzunehmen, den es nach Lage der Sache für zwecklos und keinen Interessen widersprechend erachtet. Infolge dieser logistischen Erklärung stand Rückland vor der Wahl, entweder seinen Bundesgenossen Frankreich zu anwenden, mit ihm allein es gegen die Dreifrontstaaten aufzunehmen oder aber einzutreten und den Weg des internationalen Gedankenaustausches zu beschreiten. Dazu kam, daß die Stimmung in den französischen Regierungskreisen einen Krieg durchaus ablehnte, zumal ein Eingreifen Frankreichs ohne englische Rückendeckung selbst den Chauvinisten nicht ratsam schien. Daher die eifrigsten Bemühungen der französischen Diplomatie, in Petersburg und auf dem Balkan vermittelnd zu wirken; daher vor allem die friedliche und mäßvolle Rede des Mi-

nisterpräsidenten Solnaro, die mit Recht als Symptom der Spannung bewertet werden konnte. Aus wirtschaftlichen und militärischen Rücksichten war Frankreich gegen den Krieg. Die Reichsregierung wußte von diesen Erstellungen Englands — aus welchen Gründen sie unternommen wurden, konnte Deutschland an sich gleichzeitig sein — und dadurch gewann der energetische Einwurf des Reichskanzlers auf die Bereitwilligkeit, die Bundespolitik zu erfüllen, erhöhte Bedeutung. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes konnte mit Zug und Recht von besonders vertraulichen Beziehungen zu England und von „feindlicher Neutralität“ sprechen; denn die vorhergegangenen Ereignisse ließen den Schluss zu, daß es der englischen Regierung um die Erhaltung des Friedens wirklich ernst gewesen ist. In diesem Wunsch begannete sie den letzten Willen des Deutschen Kaisers, der persönlich und durch die deutsche Diplomatie alles getan hat, die Auseinandersetzung zu einem ehrenvollen Abschluß zu bringen.

Der Fall Prohaska.

Prag. (Priv.-Tel.) Die Mitglieder der österreichisch-serbischen Kommission unter dem Konsul Edl sind in Prag angestanden, um den Fall des Konsuls Prohaska, der in Ueklaß ist, zu untersuchen.

Eindringung des serbischen Landsturmes.

Wien. (Priv.-Tel.) Der „Reichspost“ wird aus Belgrad gemeldet: Die Mobilisierung der gesamten Stadt noch nicht in Aufruhr genommenen Landsturmtruppen ist angeordnet worden. Die Eindrückungsbefehle laufen auf Stellung innerhalb 24 Stunden. Die unter Waffen stehenden, aus dem Feldzuge heimkehrenden Mannschaften erhalten nur kurze Urlaube in die Heimat; die Offiziere erhalten gar keine. Alle verfügbaren Werkstätten sind mit der Fertigung von Winterkleidern für die Armee beschäftigt. Es wird bald über Kopf überarbeitet.

Militärische Geheimvorlagen für die russische Duma.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Der „Frank. Zeit.“ wird aus Petersburg gemeldet: Der Reichsduma gingen mehrere geheime Vorlagen militärischer Natur zu.

Die Ansichten der Friedensverhandlungen.

Belgrad. (Priv.-Tel.) Man ist hier überzeugt, daß die Friedensverhandlungen günstig abschlafen werden, ebenso, daß Österreich-Ungarns Konflikt mit Serbien durch einen Ausgleich der beiderseitigen Forderungen eine friedliche Lösung finden werde, und zwar in dem Sinne, daß Serbien ein Rückenstrich an der Adria zu Handelszwischen zugestanden werde.

Die bulgarisch-rumänischen Beziehungen.

Wien. (Priv.-Tel.) Der „Peterapostol“ erhält aus Bulgarien, daß der dort eintreffende bulgarische Sobraniepräsident folgende Vorschläge übermitteln werde: Rumänien möge dem Balkanbund beitreten und die führende Rolle übernehmen. Rumänien möge auf territoriale Kompenstationen verzichten. Bulgarien schlägt als Kandidaten für den Thron des autonomen Mazedoniens den Prinzen Boris vor. Den Thron Albaniens soll Prinz Carol von Rumänien erhalten. Die bulgarisch-rumänische Intimität soll durch eine Heirat des Prinzen Boris und der Prinzessin Elisabeth von Rumänien besiegt werden.

Erlösung der rumänischen Parlamentssession.

Bukarest. Die Parlamentssession ist heute eröffnet worden. Um 11 Uhr vormittags wurde vom Metropoliten in Begleitung der Minister, Senatoren und Deputierten, der Mitglieder des diplomatischen Korps, zahlreicher Büroräte, sowie der Sparten der Zivil- und Militärbürokratie ein feierlicher Gottesdienst abgehalten. König Carol fuhr mit Gefolge des Palais nach dem Parlamentsgebäude. Die Abfahrt des königlichen Auges wurde durch 100 Kanonenröhren verkündet. Der König besuchte in Begleitung des Thronfolgers Prinzen Ferdinand und des Prinzen Carol in den Sitzungssaal der Kammer. Prinzessin Elisabeth wohnte der Feierlichkeit in der Präsidentenloge bei, wo auch der Präsident der bulgarischen Sobranie sowie der Prinz Eugen genommen hatte. Der König, der beim Betreten des Saales durch lebhafte Beifall begrüßt wurde, verließ eine Thronrede.

Drahtmeldungen

com 9. Dezember.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Gesetz über den Zusammenschluß von Schiffen, sowie über die Vergung und Hilfeleistung in Seenot wird in dritter Lesung verabschiedet und dann die erste Beratung der Vorlage über das Petroleumhandelsmonopol fortgesetzt. — Abg. Graf Westarp (klsl): Meine politischen Freunde stehen an und für sich dem Monopolgesetz nicht unkompatibel gegenüber. Die angebliche Errungung in Amerika kann uns in unserer Stellungnahme nicht beeinflussen. Es handelt sich um eine innere Angelegenheit Deutschlands. Wir wollen unter keinen Umständen eine Verteuerung des Petroleums. So sehr wir den Unternehmungsgeschäft unserer Großbanken anerkennen, so können wir doch ihre Nähe und Nähe nicht auf Kosten des konkurrierenden Publikums fördern. Hauptliche ist, daß die Betriebsgesellschaft dauernd niedrige Preise halten kann. Es ist auch zu erwarten, ob nicht an die Spitze der Gesellschaft ein Beamter mit sachverständigen Kenntnissen zu stellen sei. Sehr wichtig ist auch die Frage der Entschädigung der Kleinbürger. Die Beratung der Vorlage mit der Veteranenfürsorge ist uns nicht sympathisch. — Abg. Rupp-Warburg (Wirthl. Bgg.): Es steht fest, daß die Vorlage in der heutigen Gestalt nicht gehegt wird. Wir behalten uns unsere Stellungnahme durchaus vor. Die Kriegsveteranen können nicht darauf warten, bis dieses Gesetz in Kraft tritt. — Abg. Dr. Frank (Soz.): Für diese Vorlage ist keine Mehrheit vorhanden. Das einzige, was für das Gesetz spricht, ist die raffiniert organisierte Gegenseite der Standard Oil Company, die uns zeigt, welche Gefahr uns von dieser Seite droht. Wir wollen den guten Glauben der Regierung nicht bestreiten, wenn sie erklärt, der Entwurf sei nicht im Interesse der Deutschen Bank abgelehnt; aber wenn er im Bureau der Deutschen Bank ausgearbeitet worden wäre, könnte er nicht anders aussehen. Warum sollen nur die Angestellten und nicht auch die Arbeiter entschädigt werden? In der vorliegenden Form ist die Vorlage unbalanciert. — Abg. Gölsdorf (Welfe): Es ist eine unhandbare Aufgabe, ein tödes Kind noch einmal totzuschlagen. Die Banken haben ihren Sinn schon gedeckt. — Abg. Erzberger (B.): Meine Fraktion hat damals gegen die Resolution gestimmt. Von einer Einigkeit des Reichstages konnte überhaupt nicht die Rede sein. Auch der Bundesrat ist nicht einstimmig für das Gesetz gewesen. Die Banken haben dagegen abgestimmt. Der Kampf gegen die Privatmonopole wird in den nächsten Jahren härter werden müssen; aber die hier vorgeschlagenen Mittel werden das nicht erreichen. Man kann ein Produkt nicht monopolisieren, das man nicht selber herstellt. Natürlich würde das Petroleum teurer werden. Niemand kann garantieren, daß wir genügend anderes Petroleum bekommen. Von der Kommissionsberatung versprechen wir uns nichts. Auch sie kann eine radikale Preiserhöhung nicht verhindern. Dann werden auch die Preise für Benzol, Schmieröl usw. steigen. Die Vorlage gibt einer Privatgesellschaft hohe Machtbefugnisse, ohne ihr eine gesetzliche Verpflichtung aufzuerlegen. Allein die Gewinnchancen der Deutschen Bank sind groß und die

Bank würde sie natürlich rücksichtslos ausnutzen. Das Gesetz ist nur auf das Großkapital ausgerichtet. Auch schweren Bedenken. Das deutsche Volk wird keinen Nutzen haben. Es wird nur brauchbaren müssen, und das nur die Lieferanten. Das Gesetz ist von Leuten gemacht worden, die die Verhältnisse gar nicht kennen. Die liberale Welt der Vertreter der Standard Oil Company, Biedermann, Zentrumshänger sei und große Summen für den Unruhe. Biedermann (Dr. Vaasche) rügt den Ausdruck: Abg. Erzberger (B.): Ich meine lediglich einen Parteidruck. Abgeordneter v. Schulze-Gaeveritz: Das wird wohl noch gestattet sein. (Lachen). Wenn die Veteranen so lange warten sollen, bis die erste Million aus diesem Gesetz zusammen ist, dann wird wohl kein Veteran von 1870 mehr erlassen werden zum Schutz des heimischen Wirtschaftsweck wie die Veteranenhilfe wohl verwenden. Es ist einem wirklich anerkannt guten Zweck zu vermeiden. Mit der darin vorgesehenen Entschädigung zu auch die Arbeiter berücksichtigt werden. Mit voller Absicht haben wir den Ausdruck ganz allgemein gewählt. Bei den Werken haben wir uns selbstverständlich Informationen geholt und hierbei mehr oder weniger auch Unterstützung gefunden. Diejenigen Werke, die sich zurückgeworfen haben, weil ihnen der Gewinn nicht ausreichend schien, habe ich abschließend nicht mit Namen genannt, weil es hierauf nicht kommt. Es ist deshalb nicht zu verstehen, weshalb die Deutsche Bank hier so unfreundlich genannt worden ist. Ich muß anerkennen, daß diese uns ihre große und umfassende Dienste leistete. Sie wird das auch weiter tun, selbst wenn die Kommissionsbeschlüsse sie von der Betriebsgemeinschaft überhaupt ausschließen sollten. Ich bedaure, daß dieser Bankstreit überhaupt in die Öffentlichkeit getreten ist. Die Änderungsverschläge beweisen, daß alle bereit sind, in die Kommissionserörterung einzutreten. Nach sorgfältiger Prüfung in der Kommission wird hoffentlich auf Grundlage des Gesetzeswurfs doch etwas zustande kommen. — Abg. Marquardt (inf.): Die Angestellten der neuen Betriebsgesellschaften müssen unter denselben günstigen Bedingungen übernommen werden, die sie jetzt bei den Privatbetrieben haben; anderfalls ist für sie eine volle Entschädigung in Aussicht zu nehmen. In dieser Hinsicht sieht der Gesetzentwurf das Richtige nicht vor. Diese Gerechtigkeit muß aber für den Staat maßgebend bleiben. (Beifall). — Abg. Dr. Trendel (Bentr.) weist darauf, daß die rumänische Petroleumproduktion eine große Zukunft habe. Regensburg habe Einrichtungen zur genügenden Aufspeisung von Petroleum. Die Ausprache wird geschlossen. Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Die Kommission beantragt, die Wahl des Abgeordneten Bruhn (1. Frankfurt a. M., Reformpartei) für gültig zu erklären. Abg. Stadthagen (Soz.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären, die für ungültig erklären anderen Kandidaten einzuzählen. — Abg. Stadthagen (Soz.): Dann ist es die höchste Zeit, mit dieser falschen Methode zu brechen. Die Wahl wird gegen die Sozialdemokraten für gültig erklärt. — Neben die Wahlen der Abgeordneten Herzog (Wirthl. Bgg.) und Röpke (Wp.) werden Bewerbergebnisse abgezogen werden. Sie hätten aber den anderen Parteien abgezählt werden müssen. — Abg. Dr. Bilek (Bentr.) widerlegt. Es war bisher nicht üblich, die für ungültig erklären Stimmen anderen Kandidaten einzuzählen. — Abg. Stadthagen (Soz.): Dann ist es die höchste Zeit, mit dieser falschen Methode zu brechen. Die Wahl wird gegen die Sozialdemokraten für gültig erklärt. — Neben die Wahlen der Abgeordneten Herzog (Wirthl. Bgg.) und Röpke (Wp.) werden Bewerbergebnisse abgezogen werden. — Abg. Dr. Bilek (Bentr.) widerlegt. Es war bisher nicht üblich, die für ungültig erklären Stimmen anderen Kandidaten einzuzählen. — Abg. Stadthagen (Soz.): Dann ist es die höchste Zeit, mit dieser falschen Methode zu brechen. Die Wahl wird gegen die Sozialdemokraten für gültig erklärt. — Neben die Wahlen der Abgeordneten Herzog (Wirthl. Bgg.) und Röpke (Wp.) werden Bewerbergebnisse abgezogen werden. — Abg. Dr. Bilek (Bentr.) widerlegt. Es war bisher nicht üblich, die für ungültig erklären Stimmen anderen Kandidaten einzuzählen. — Abg. Stadthagen (Soz.): Dann ist es die höchste Zeit, mit dieser falschen Methode zu brechen. Die Wahl wird gegen die Sozialdemokraten für gültig erklärt. — Neben die Wahlen der Abgeordneten Herzog (Wirthl. Bgg.) und Röpke (Wp.) werden Bewerbergebnisse abgezogen werden. — Abg. Dr. Bilek (Bentr.) widerlegt. Es war bisher nicht üblich, die für ungültig erklären Stimmen anderen Kandidaten einzuzählen. — Abg. Stadthagen (Soz.): Dann ist es die höchste Zeit, mit dieser falschen Methode zu brechen. Die Wahl wird gegen die Sozialdemokraten für gültig erklärt. — Neben die Wahlen der Abgeordneten Herzog (Wirthl. Bgg.) und Röpke (Wp.) werden Bewerbergebnisse abgezogen werden. — Abg. Dr. Bilek (Bentr.) widerlegt. Es war bisher nicht üblich, die für ungültig erklären Stimmen anderen Kandidaten einzuzählen. — Abg. Stadthagen (Soz.): Dann ist es die höchste Zeit, mit dieser falschen Methode zu brechen. Die Wahl wird gegen die Sozialdemokraten für gültig erklärt. — Neben die Wahlen der Abgeordneten Herzog (Wirthl. Bgg.) und Röpke (Wp.) werden Bewerbergebnisse abgezogen werden. — Abg. Dr. Bilek (Bentr.) widerlegt. Es war bisher nicht üblich, die für ungültig erklären Stimmen anderen Kandidaten einzuzählen. — Abg. Stadthagen (Soz.): Dann ist es die höchste Zeit, mit dieser falschen Methode zu brechen. Die Wahl wird gegen die Sozialdemokraten für gültig erklärt. — Neben die Wahlen der Abgeordneten Herzog (Wirthl. Bgg.) und Röpke (Wp.) werden Bewerbergebnisse abgezogen werden. — Abg. Dr. Bilek (Bentr.) widerlegt. Es war bisher nicht üblich, die für ungültig erklären Stimmen anderen Kandidaten einzuzählen. — Abg. Stadthagen (Soz.): Dann ist es die höchste Zeit, mit dieser falschen Methode zu brechen. Die Wahl wird gegen die Sozialdemokraten für gültig erklärt. — Neben die Wahlen der Abgeordneten Herzog (Wirthl. Bgg.) und Röpke (Wp.) werden Bewerbergebnisse abgezogen werden. — Abg. Dr. Bilek (Bentr.) widerlegt. Es war bisher nicht üblich, die für ungültig erklären Stimmen anderen Kandidaten einzuzählen. — Abg. Stadthagen (Soz.): Dann ist es die höchste Zeit, mit dieser falschen Methode zu brechen. Die Wahl wird gegen die Sozialdemokraten für gültig erklärt. — Neben die Wahlen der Abgeordneten Herzog (Wirthl. Bgg.) und Röpke (Wp.) werden Bewerbergebnisse abgezogen werden. — Abg. Dr. Bilek (Bentr.) widerlegt. Es war bisher nicht üblich, die für ungültig erklären Stimmen anderen Kandidaten einzuzählen. — Abg. Stadthagen (Soz.): Dann ist es die höchste Zeit, mit dieser falschen Methode zu brechen. Die Wahl wird gegen die Sozialdemokraten für gültig erklärt. — Neben die Wahlen der Abgeordneten Herzog (Wirthl. Bgg.) und Röpke (Wp.) werden Bewerbergebnisse abgezogen werden. — Abg. Dr. Bilek (Bentr.) widerlegt. Es war bisher nicht üblich, die für ungültig erklären Stimmen anderen Kandidaten einzuzählen. — Abg. Stadthagen (Soz.): Dann ist es die höchste Zeit, mit dieser falschen Methode zu brechen. Die Wahl wird gegen die Sozialdemokraten für gültig erklärt. — Neben die Wahlen der Abgeordneten Herzog (Wirthl. Bgg.) und Röpke (Wp.) werden Bewerbergebnisse abgezogen werden. — Abg. Dr. Bilek (Bentr.) widerlegt. Es war bisher nicht üblich, die für ungültig erklären Stimmen anderen Kandidaten einzuzählen. — Abg. Stadthagen (Soz.): Dann ist es die höchste Zeit, mit dieser falschen Methode zu brechen. Die Wahl wird gegen die Sozialdemokraten für gültig erklärt. — Neben die Wahlen der Abgeordneten Herzog (Wirthl. Bgg.) und Röpke (Wp.) werden Bewerbergebnisse abgezogen werden. — Abg. Dr. Bilek (Bentr.) widerlegt. Es war bisher nicht üblich, die für ungültig erklären Stimmen anderen Kandidaten einzuzählen. — Abg. Stadthagen (Soz.): Dann ist es die höchste Zeit, mit dieser falschen Methode zu brechen. Die Wahl wird gegen die Sozialdemokraten für gültig erklärt. — Neben die Wahlen